



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gemeindlichen Straßenbau besser unterstützen - Bürger entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass es in vielen Gemeinden eine erhebliche Zahl von Straßen gibt, die dringend instand zu setzen, zu sanieren oder grundhaft zu erneuern sind.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - a) die Gemeinden bei Entscheidungen zur Notwendigkeit und zur Qualität eines etwaigen Ausbaus oder einer grundhaften Sanierung von Gemeindestraßen innerhalb bebauter Gebiete zu unterstützen. Dazu sind
 - der Entwurf eines Leitfadens für die Gestaltung und den Bau von Gemeindestraßen innerhalb bebauter Gebiete zu erarbeiten. Die Arbeitshilfe soll geltende technische Regelwerke für den Straßenbau einschließlich der darin enthaltenen Hinweise und Regeln für kostensenkende Maßnahmen berücksichtigen.
 - Verfahrenshinweise für eine frühzeitige Information und Mitwirkung der Öffentlichkeit bei Entscheidungs- und Planungsprozessen für kommunale Straßenbaumaßnahmen zu entwickeln, bei denen eine Kostenbeteiligung der Anlieger zu erwarten sein könnte.
 - b) dem Landtag in Auswertung der Erfahrungen anderer Bundesländer eine Analyse darüber vorzulegen, welche Auswirkungen mit einem landesweiten Verzicht auf Straßenausbaubeiträge verbunden sein könnten, und dabei mögliche Auswirkungen der anstehenden gesetzlichen Neuregelung zur Grundsteuererhebung auf Bundesebene zu beleuchten.
 - c) den Leitfadenentwurf, die Verfahrenshinweise sowie die Analyseergebnisse dem Landtag bis zum Ende des III. Quartals 2018 vorzulegen.

(Ausgegeben am 16.05.2018)

Begründung

In jüngster Zeit mehren sich Beschwerden über zu entrichtende Straßenausbaubeiträge, die in verschiedenen Regionen zur Gründung von Bürgerinitiativen führte. Ursache dafür ist unter anderem eine offenbar unzureichende Beteiligung der Betroffenen sowohl an Entscheidungen zum Bedarf, zum Umfang und zur Qualität von Ausbaumaßnahmen als auch bei grundlegender Sanierung von Gemeindestraßen, die eine Beitragserhebung begründen. Angesichts des bestehenden Investitionsstaus bei gemeindlichen Straßen und Wegen sowie weiter steigenden Folgekosten im Unterhaltungsaufwand, etwa durch Verbreiterung von Fahrbahnen oder zusätzliche Geh- und Radwege, sollte den Gemeinden eine Entscheidungshilfe in Form eines Leitfadens an die Hand gegeben werden. Dabei kann der Leitfaden im Bundesland Brandenburg Vorbild sein.

Bei der Erneuerung von Wohnstraßen und -wegen werden häufig die technischen Regelwerke formal angewendet. Vorhandene Ermessensspielräume werden jedoch nicht ausgeschöpft, weshalb dies in der Folge zu überhöhten Bau- oder Instandhaltungskosten führt. Der Entwurf soll auch als Grundlage für eine Debatte zu notwendigen Standards beim kommunalen Straßenbau dienen.

Einige Bundesländer verzichten völlig auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Die hierbei gewonnenen praktischen Erfahrungen sind unverzüglich zu analysieren und gegebenenfalls für Sachsen-Anhalt nutzbar zu machen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender